



finma

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

4. APRIL 2017

Enforcementbericht 2016

Der Enforcementbericht der FINMA erscheint dieses Jahr zum dritten Mal. Mit den darin enthaltenen anonymisierten Kurzbeschreibungen der Fälle sowie den statistischen Daten dazu möchte die FINMA ihre Enforcementtätigkeit den Finanzmarktteilnehmern sowie der breiten Öffentlichkeit zugänglich und fassbar machen. Der Enforcementbericht ergänzt den Überblick über das Enforcement der FINMA in ihrem gleichentags veröffentlichten Jahresbericht.

Der vorliegende Bericht zeigt auch für das Jahr 2016 ein breites Spektrum an rechtsdurchsetzender Tätigkeit der FINMA. Neben öffentlichkeitswirksamen Fällen findet der Grossteil der Enforcementarbeit der FINMA ausserhalb des medialen Scheinwerferlichts statt. Aber auch hier sorgt der Enforcementbereich mit seinen Abklärungen, Verfahren und den allfälligen Massnahmen für die Einhaltung des Aufsichtsrechts und die Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands. Demgemäss will der Enforcementbericht auch Signalwirkung und einen vorbeugenden Effekt erzielen. Er zeigt auf, welche Handlungsweisen die FINMA nicht toleriert und wie sie dagegen vorgeht.

Die Statistik weist für das Jahr 2016 eine weiterhin hohe Enforcementtätigkeit aus. Insgesamt konnten mehr als tausend Enforcementgeschäfte abgeschlossen werden. Im Vergleich zum Vorjahr war insbesondere im bewilligten Bereich eine Zunahme der Verfügungen zu verzeichnen. Dagegen nahm die Anzahl der Verfügungen im Amtshilfebereich ab. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass von ausländischen Behörden weniger Amtshilfeersuchen gestellt wurden. Auch im Bereich der unerlaubt tätigen Finanzdienstleister ging die Anzahl der abgeschlossenen Geschäfte zurück, nachdem im Vorjahr eine FINMA-interne Task-Force einen Dossierüberhang abgearbeitet hatte und dabei viele Geschäfte hatte abschliessen können.

In thematischer Hinsicht nahmen vor allem die Fälle im Bereich der Sorgfalts- und Verhaltenspflichten deutlich zu. Im Zentrum standen dabei die geldwäschererechtlichen Pflichten, deren Verletzung insbesondere im Zusammenhang mit internationalen Korruptionsfällen untersucht und auch sanktioniert wurde. Die Behandlung dieser Fälle nahm viel Zeit und Ressourcen der FINMA in Anspruch. Die involvierten Transaktionen wurden zum Teil zwischen Banken aus verschiedenen Ländern und über mehrere Kontinente und Finanzplätze hinweg getätigt. Dies erhöhte nicht nur die Komplexität der Fälle, sondern bedingte auch regelmässig eine intensivierte Koordination mit ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden. In den bereits abgeschlossenen Fällen hat die FINMA zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands u.a. die Einziehung der erzielten Gewinne sowie organisatorische und operationelle Massnahmen bei den betroffenen Instituten angeordnet.

Inhaltsverzeichnis

4	Kasuistik FINMA
4	Übersicht
5	Bewilligter Bereich
13	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
21	Insolvenzentscheide
26	Übernahmen und Offenlegung
27	Internationale Amtshilfe
31	Gerichtssentscheide
31	Übersicht
32	Bewilligter Bereich
32	Urteile des Bundesgerichts
32	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
33	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
33	Urteile des Bundesgerichts
34	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
35	Insolvenzentscheide
35	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
36	Internationale Amtshilfe
36	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
37	Statistik
37	Allgemeine Statistiken
37	Abgeschlossene Enforcementgeschäfte
38	Abklärungen
39	Enforcementverfahren
39	Insolvenzgeschäfte
40	Internationale Amtshilfe
42	Verfügungen in Enforcementgeschäften
42	Allgemein
43	Bewilligter Bereich und Marktaufsicht
43	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
44	Massnahmen
45	Gerichtssentscheide
46	Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden
47	Abkürzungen

Übersicht

Die FINMA berichtet in diesem Kapitel in kurzer und anonymisierter Form über Verfügungen, die sie im Rahmen ihrer Enforcementtätigkeit erlassen hat (Art. 22 Abs. 1 FINMAG). Aufnahme in die Kasuistik des diesjährigen Enforcementberichts fanden sämtliche Endverfügungen in der Sache, insofern das Verfahren nicht eingestellt oder abgeschrieben worden ist. Ein Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit besteht nicht.

Wo die FINMA aufgrund eines besonderen aufsichtsrechtlichen Bedürfnisses, namentlich zum Schutz von Marktteilnehmern oder zur Wahrung des Ansehens des Finanzplatzes Schweiz, bereits im Verlauf des Jahres öffentlich über den Abschluss eines Enforcementverfahrens informiert hat, findet sich im Anschluss an die betreffende Zusammenfassung ein Link auf die entsprechende Medienmitteilung.

Zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit sind die Zusammenfassungen in die nachfolgenden thematischen Kategorien eingeteilt. Innerhalb der jeweiligen Kategorie werden die Verfügungen chronologisch und in der Originalsprache aufgeführt.

- Bewilligter Bereich (S. 5): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die über eine finanzmarktrechtliche Bewilligung verfügen oder die im Zeitpunkt der Rechtsverletzung bei einem Bewilligungsträger als Mitarbeiter oder Organ tätig waren.
- Unerlaubt tätige Finanzdienstleister (S. 13): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die auf dem Finanzmarkt eine bewilligungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, ohne über die entsprechende Bewilligung zu verfügen.
- Insolvenzscheide (S. 21): Verfügungen, deren Hauptthema insolvenzrechtlicher Natur war und die nicht bereits als Fälle mit Rechtsverletzungen in den vorangehenden Kapiteln aufgeführt sind.
- Übernahmen und Offenlegung (S. 26): Verfügungen, in denen die FINMA als Beschwerdeinstanz der Übernahmekommission entschieden hat oder welche die Offenlegung von Beteiligungen zum Thema haben.
- Internationale Amtshilfe (S. 27): Verfügungen zur Zusammenarbeit der FINMA mit ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden.

Bewilligter Bereich

1

Date de la décision : 7.1.2016

Parties : Intermédiaires d'assurance X SA, A et B (personnes physiques)

Sujet : Respect des conditions personnelles d'inscription au registre d'intermédiaires d'assurance non liés

Résumé : A et B, qui figurent au registre des intermédiaires d'assurance à titre personnel depuis 2006, sont les uniques administrateurs de X SA, qui y est inscrite depuis 2008. Du fait de l'inscription de leur condamnation pénale pour des faits incompatibles avec l'activité d'intermédiaire d'assurance, A et B ne respectent plus les conditions personnelles pour le maintien de l'inscription au registre des intermédiaires d'assurance (art. 185 let. b OS). X SA ne dispose plus d'aucun collaborateur remplissant les conditions d'enregistrement et partant ne remplit plus les conditions du maintien de son enregistrement (art. 44 al. 1 let. a i.f. LSA).

Mesures : Interdiction d'exercer l'activité d'intermédiaire d'assurance non lié, radiation du registre des intermédiaires d'assurance (art. 37 LFINMA en relation avec l'art. 51 al. 1 et 2 let. g LSA).

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

2

Entscheiddatum: 29.1.2016

Partei: Versicherungsunternehmen X

Thema: Rabatte in Rahmenverträgen der Krankenzusatzversicherung

Zusammenfassung: Das Versicherungsunternehmen X schloss mit Vertragspartnern (z.B. Arbeitgebergesellschaften) Rahmenverträge ab, in denen die Gewährung von Rabatten vereinbart wurde, welche in den Verträgen zwischen X und den einzelnen Versicherungsnehmern (z.B. Arbeitnehmern) gelten sollten. Auf Verlangen der X stellte die FINMA per anfechtbarer Verfügung die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Gewährung solcher Rabatte fest. Insbesondere stellte sie fest, dass Rabatte in Rahmenverträgen bzw. an die dadurch Begünstigten nur gewährt werden dürfen, wenn sie (i) versicherungstechnisch nachgewiesen, d.h. risiko- und kostenseitig begründet sind, (ii) gemäss Art. 38 VAG so ausgestaltet sind, dass sowohl die Solvenz des Versicherungsunternehmens als auch der Schutz der Versicherten vor Missbrauch gewährleistet sind, und (iii) nicht zu einer unzulässigen Ungleichbehandlung von Versicherten gemäss Art. 117 Abs. 2 AVO führen. Als präventive Massnahme ordnete die FINMA zudem an, dass das Versicherungsunternehmen X die bestehenden Verträge auf ihre Konformität mit den genannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen hat. Zudem verbot sie X, neue Verträge mit entsprechenden Rabatten abzuschliessen, sofern die genannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen nicht eingehalten werden.

Massnahmen: Feststellung der anwendbaren aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Gewährung von Rabatten in Rahmenverträgen der Krankenzusatzversicherung (Art. 38 und 46 Abs. 1 Bst. f VAG, Art. 117 Abs. 2 AVO, Art. 25 VwVG); Erlass von präventiven Anordnungen.

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1242/2016.

3

Entscheiddatum: 19.2.2016

Partei: Bank X

Thema: Verletzung der Eigenmittelvorschriften/Liquidation

Zusammenfassung: Gegen die Bank X wurde wegen Hinweisen auf Verstösse gegen Sorgfalts- und Verhaltenspflichten des GwG ein Enforcementverfahren eröffnet. Während des Verfahrens beschloss die Bank X anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung die Einstellung der Banktätigkeit mit Entlassung aus der prudenziellen Aufsicht. Die geprüfte Bilanz zu Liquidationswerten per 31. Dezember 2015 sowie verschiedene Aufstellungen per 2016 ergaben, dass das Mindestkapital von CHF 10 Mio. unterschritten sowie unter Berücksichtigung der Klumpenrisiken die Eigenmittelvorschriften verletzt waren (Art. 3 Abs. 2 Bst. b BankG i.V.m. Art. 15 Abs. 1 BankV). In der Folge war die Bank X nicht in der Lage, den ordnungsgemässen Zustand in den angesetzten Fristen wiederherzustellen. Daraufhin ordnete die FINMA mit superprovisorischer Verfügung im Interesse der Gläubiger zwecks Verhinderung weiterer Mittelabflüsse ein generelles Transaktionsverbot an (siehe **Fall 31**). Im weiteren Verlauf gelang es der Bank X, die Konkursöffnung durch Beibringung neuer Mittel abzuwenden. Aufgrund der andauernden Nichterfüllung der Eigenmittelvorschriften sowie der Zweifel, dass die Bank das Gewährserfordernis erfüllte und ordnungsgemäss durch ihre Organe abgewickelt werden konnte, wurde ihr in Anwendung von Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 23^{quinquies} BankG bzw. Art. 36 BEHG die Bewilligung unter Entzug der aufschiebenden Wirkung entzogen und die Gesellschaft in Liquidation gesetzt.

Massnahmen: Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG); Liquidation (Art. 23^{quinquies} Abs. 1 BankG und Art. 36 BEHG).

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1863/2016.

4

Date de la décision : 29.4.2016

Partie : Banque X

Sujet : Violation des devoirs de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent

Résumé : Dans le cadre d'une affaire de corruption à caractère international, la FINMA a procédé à un examen approfondi, sous l'angle des obligations de diligence LBA, de la conduite par la banque X de ses relations d'affaires avec la clientèle issue d'un pays sud-américain. Dans ce contexte, la FINMA a constaté que, nonobstant une recherche *Worldcheck* qualifiant l'ex-directeur international d'une entreprise semi-étatique sud-américaine de PEP, la banque X n'avait pas identifié ce client comme tel lors de l'ouverture de la relation d'affaires correspondante, allant même jusqu'à la rétrograder en risques standard près de trois ans après son ouverture. Ce faisant, la banque X n'a pas correctement rempli son obligation d'identifier une relation d'affaires à risques accrus selon l'art. 12 al. 3 et 4 aOBA-FINMA. La documentation relative aux clarifications opérées sur certaines transactions à risques accrus signalées par le système de la banque X n'a par ailleurs pas permis de définir l'arrière-plan économique desdites transactions, en violation des obligations en matière de documentation et de clarification de transactions à risques accrus (art. 7 LBA et 14 aOBA-FINMA). Malgré la connaissance d'indices justifiant la communication de la relation d'affaires précitée au sens de l'art. 9 LBA, la banque X s'en est abstenue, violant également gravement le droit de la surveillance. Il résulte de ces manquements qu'au moment de la survenance des faits, la banque X ne satisfaisait pas à ses devoirs en matière d'organisation interne et de gestion des risques (art. 3 al. 2 let. a LB et 12 OB) et ne présentait plus toutes garanties d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB).

Mesures : Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; audit supplémentaire afin de vérifier la mise en œuvre des mesures prises par la banque X suite à la constatation des irrégularités (art. 4 OA-FINMA).

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

5

Data della decisione: 23.5.2016

Parte: Banca X

Tema: Violazione degli obblighi di diligenza in materia di riciclaggio di denaro, dei requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata

Riassunto: Sull'arco di diversi anni, la Banca X, nell'ambito delle sue relazioni d'affari legate alla vicenda di un fondo sovrano asiatico, rispettivamente ad una vicenda di corruzione internazionale che ha visto coinvolta una compagnia petrolifera sudamericana, ha eseguito molteplici transazioni dell'ordine di centinaia di milioni di dollari senza chiarire in maniera adeguata né l'origine dei fondi, né i retroscena economici e nemmeno allestire la necessaria documentazione, accontentandosi delle spiegazioni lacunose fornite dai clienti e/o dai relativi consulenti. Le violazioni constatate hanno inoltre delineato una cultura operativa a livello di Gruppo improntata all'eccessiva propensione ai rischi e una gestione inadeguata degli stessi. La Banca X ha quindi gravemente violato i suoi obblighi di diligenza in materia di lotta contro il riciclaggio di denaro (art. 7 ORD-FINMA 1, artt. 13, 14 e 16 vORD-FINMA, artt. 8, 17 e 20 ORD-FINMA 1, art. 19 vORD-FINMA, art. 12 ORD-FINMA 1), l'obbligo di allestire e conservare i documenti (art. 9 cpv. 3 vOBCR, art. 12 cpv. 3 OBCR, art. 7 LRD), il principio dell'adeguata gestione dei rischi (art. 3 cpv. 2 lett. a LBCR, art. 9 cpv. 2 e 4 vOBCR, art. 12 cpv. 2 e 4 OBCR), e il requisito della garanzia di un'attività irreprensibile (art. 3 cpv. 2 lett. c LBCR).

Provvedimenti: Accertamento (art. 32 LFINMA); confisca di CHF 95 mio. (art. 35 LFINMA); comminatoria del ritiro dell'autorizzazione (art. 37 LFINMA).

Crescita in giudicato: Procedura di ricorso pendente; TAF B-3930/2016.

Comunicato stampa della FINMA del 24.5.2016

6

Entscheiddatum: 27.5.2016

Partei: Direkt unterstellter Finanzintermediär (DUFI) X

Thema: GwG-Bewilligungsvoraussetzungen

Zusammenfassung: Die Tätigkeit der X als Vermögensverwaltungsgesellschaft bestand im Halten und Liquidieren von Investitionen in Form von Immobilienbeteiligungen. Dabei verletzte sie die geldwäschereigesetzlichen Abklärungs- und Dokumentationspflichten (Art. 6 f. GwG), kam der Pflicht zur regelmässigen Absolvierung von GwG-spezifischen Ausbildungen nicht nach (Art. 8 GwG) und hielt ihre aufsichtsrechtlichen Meldepflichten gegenüber der GwG-Prüfgesellschaft und der FINMA nicht ein (Art. 29 FINMAG). Seit dem Jahr 2014 nahm die X die gesetzlich verlangte GwG-Prüfung gar nicht mehr vor und liess sich weder kontaktieren noch wirkte sie im Enforcementverfahren mit (Art. 19a GwG; Art. 29 FINMAG; Art. 13 VwVG). Damit boten weder die X noch deren Organe Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 14 GwG).

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG); Liquidation (Art. 37 Abs. 2 FINMAG i.V.m. Art. 20 GwG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

7

Date de la décision : 24.6.2016

Partie : A (administrateur d'une banque)

Sujet : Violations graves du droit de la surveillance et garantie d'une activité irréprochable

Résumé : A, ancien administrateur de la banque X, a eu accès à des informations privilégiées pouvant notamment avoir des répercussions importantes sur la situation financière de la banque. A n'a transmis l'intégralité desdites informations à la banque X que tardivement, empêchant cet établissement de mener une gestion des risques efficace (art. 3 al. 2 let. a LB) et, par la même occasion, de se conformer à son devoir d'annonce (art. 29 al. 2 LFINMA). Ce comportement individuel n'est pas compatible avec l'exigence de la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB et 10 al. 2 let. d LBVM).

Mesure : Interdiction d'exercer une fonction dirigeante pour une durée de 3 ans (art. 33 LFINMA).

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF 5553/2016.

8

Date de la décision : 8.7.2016

Partie : B (administrateur d'une banque)

Sujet : Violations graves du droit de la surveillance et garantie d'une activité irréprochable

Résumé : (cf. **cas 7**).

Mesure : Interdiction d'exercer une fonction dirigeante pour une durée de 5 ans (art. 33 LFINMA).

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF 5518/2016.

9

Date de la décision : 8.7.2016

Partie : C (administrateur d'une banque)

Sujet : Violations graves du droit de la surveillance et garantie d'une activité irréprochable

Résumé : (cf. **cas 7**).

Mesure : Interdiction d'exercer une fonction dirigeante pour une durée de 5 ans (art. 33 LFINMA).

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF 5566/2016.

10

Date de la décision : 8.7.2016

Partie : D (administrateur d'une banque)

Sujet : Violations graves du droit de la surveillance et garantie d'une activité irréprochable

Résumé : (cf. **cas 7**). Au regard de l'ensemble des circonstances du cas d'espèce, une constatation (art. 32 LFINMA) suffit à remplir les objectifs de protection poursuivis par la loi.

Mesure : Décision en constatation (art. 32 LFINMA).

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-5522/2016.

11

Date de la décision : 8.7.2016

Partie : E (membre de la direction d'une banque)

Sujet : Violations graves du droit de la surveillance et garantie d'une activité irréprochable

Résumé : En sa qualité de membre de la direction de la banque X (cf. **cas 7**), E avait eu accès à des informations lui permettant d'appréhender que des sociétés, auprès desquelles de nombreux clients de la banque X avaient investi, traversaient des difficultés financières. Sur cette base, E n'a pas pris les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts desdits clients et s'est ainsi personnellement rendu responsable de la violation par la banque X du devoir de loyauté du négociant en valeurs mobilières (art. 11 al. 1 let. c LBVM), du devoir de renseigner la FINMA (art. 29 al. 2 LFINMA), du devoir d'organisation interne en lien avec une gestion des risques inappropriée (art. 3 al. 2 let. a LB et 10 al. 2 let. a LBVM) et finalement du titre 3 de la Directive concernant les placements fiduciaires de l'Association suisse des banquiers. Ce comportement individuel n'est pas compatible avec l'exigence de la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB et 10 al. 2 let. d LBVM).

Mesures : Interdiction d'exercer d'une durée de 3 ans (art. 33 LFINMA).

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-5527/2016.

12

Entscheiddatum: 12.8.2016

Partei: Bank X in Liquidation

Thema: Aufhebung des Verbots der Dividendenausschüttung und von Kapitalauszahlungen

Zusammenfassung: Die Bank X hatte nach erfolgtem Bewilligungsentzug und angeordneter, aber nicht sofort vollstreckbarer Liquidation des Instituts anlässlich einer Generalversammlung im Jahr 2015 in Missachtung einer Anweisung der FINMA und trotz der ablehnenden Haltung des anwesenden Revisors die Ausschüttung einer Substanzdividende beschlossen. Als Reaktion darauf verfügte die FINMA im April 2015 ein Verbot der Dividendenausschüttung und von Kapitalauszahlungen (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 3**). Dieses Verbot wurde aufgehoben, da die Generalversammlung der Bank in der Zwischenzeit die freiwillige Liquidation beschlossen hatte und im Zug des Liquidationsverfahrens sämtliche Gründe für die Aufrechterhaltung des Verbots weggefallen waren.

Massnahmen: Aufhebung des Verbots (Art. 31 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

13

Entscheiddatum: 7.10.2016

Partei: Bank X

Thema: Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Im Zeitraum zwischen 2012 und Sommer 2015 wurden Vermögenswerte aus dem Umfeld eines ausländischen Staatsfonds in der Höhe von insgesamt rund USD 3,8 Mrd. auf Konten bei der Bank X überwiesen. Die Gelder flossen in der Regel im Rahmen von Durchlauftransaktionen rasch wieder ab. Die in der Schweiz sowie in ausländischen Zweigniederlassungen gebuchten Geschäftsbeziehungen und Transaktionen waren für die Bank X sowohl in ihrer Art als auch in ihrer Höhe ungewöhnlich und risikobehaftet. Trotz interner Warnungen klärte die Bank X aber im erwähnten Zeitraum die Geschäftsbeziehungen, insbesondere zu politisch exponierten Personen (PEP), sowie Transaktionen mit erhöhten Risiken wiederholt ungenügend ab und unterliess es, die Risiken angemessen zu analysieren und zu überwachen. Die FINMA kam zum Schluss, dass die Bank X die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 3 ff. GwG) sowie das Organisations- und Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. a und c BankG) schwer verletzt hat.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Androhung Bewilligungsentzug im Wiederholungsfall (Art. 37 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von rund 2,5 Mio. CHF (Art. 35 FINMAG); organisatorische und operationelle Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung der Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde teilweise angefochten; Beschwerdeverfahren BVGer B-6952/2016.

Medienmitteilung der FINMA vom 11.10.2016

14

Entscheiddatum: 3.11.2016

Partei: Versicherungsvermittlerin X

Thema: Fehlender Nachweis für genügend Mitarbeiter mit ausreichenden beruflichen Qualifikationen für die Versicherungsvermittlung

Zusammenfassung: Die Versicherungsvermittlerin X war seit dem Jahr 2007 als Gesellschaft im Register für Versicherungsvermittler eingetragen. Da für die X keine rechtsgültig registrierten natürlichen Personen mehr als Versicherungsvermittler im Register eingetragen waren, wurde sie aufgefordert, den Nachweis des Vorhandenseins von genügend qualifizierten und registrierten Mitarbeitern zu erbringen (vgl. Art. 44 Abs. 1 Bst. a VAG i.V.m. Art. 187 Abs. 3 AVO) oder freiwillig auf die Registrierung zu verzichten. Nachdem die X den erforderlichen Nachweis nicht erbracht hatte und die zuvor von ihr angekündigte freiwillige Löschung im Register ausgeblieben war, verfügte die FINMA die Streichung aus dem Register für Versicherungsvermittler.

Massnahmen: Streichung aus dem Register für Versicherungsvermittler (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. g VAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

15

Date de la décision : 15.11.2016

Partie : Banque X

Sujet : Changement de société d'audit

Résumé : Depuis l'exercice 2008, Y SA est responsable de l'audit prudentiel de la banque X. Cette dernière a, depuis lors, subi une forte croissance de son bilan ainsi qu'une évolution significative qui l'ont notamment fait évoluer dans une catégorie de surveillance plus élevée. Malgré les demandes répétées de la FINMA, l'établissement n'a pas su adapter à temps et/ou dans la mesure nécessaire sa gouvernance à cette évolution, ni envisagé de changer de société d'audit. Constatant que la société d'audit externe n'avait pas été à même d'identifier un certain nombre de faiblesses pourtant saillantes, ni de relayer les exigences de la FINMA auprès de l'établissement audité, la FINMA a conclu à l'existence d'un lien de dépendance mutuel entre audité et auditeur. Partant, la durée relativement longue du mandat d'audit combinée aux faiblesses citées plus haut ont conduit la FINMA à imposer un changement par voie de décision.

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

16

Entscheiddatum: 19.2.2016

Parteien: X AG in Liquidation, Y AG, Z AG, natürliche Personen A, B und C

Thema: Unerlaubte Emissionshaustätigkeit

Zusammenfassung: Die X AG in Liquidation sowie die Y AG (nachfolgend zusammen X-Gruppe) betrieben operative Gesellschaften hinsichtlich einer Börsenkotierung oder anderweitigen Finanzierung. Als Gegenleistung übertrugen die beratenen Firmen der X-Gruppe eigene Aktien an Zahlungs statt. Die X-Gruppe vertrieb diese über Vermittler an rund 200 Anleger, woraus ein Bruttoerlös in Millionenhöhe resultierte. Damit haben die X AG in Liquidation sowie die Y AG zusammen als Gruppe den Effektenhandel (Emissionshaus) betrieben (Art. 2 BEHG sowie Art. 3 Abs. 2 BEHV), ohne über die dafür notwendige Bewilligung zu verfügen (Art. 10 BEHG). Sie haben dadurch aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt. A, B und C leisteten einen massgeblichen Beitrag an die unbewilligte Tätigkeit.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Unterlassungsanweisungen gegen B und C ohne Publikation und gegen A mit Publikation für die Dauer von 2 Jahren (Art. 34 FINMAG); Verfahreneinstellung gegenüber der Z AG.

Rechtskraft: Die Verfügung wurde seitens der X AG in Liquidation, der Y AG, der Z AG sowie B und C nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber A ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2188/2016.

17

Entscheiddatum: 7.4.2016

Parteien: Natürliche Personen A und B

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, unerlaubte Verwendung des Ausdrucks «Sparen»

Zusammenfassung: Die X AG (in Liquidation) schloss mit ihren Kunden zwischen den Jahren 2007 und 2014 Sparpläne sowie Vermögensverwaltungs- und Treuhandverträge ab und nahm so von mindestens 54 Privatanlegern Gelder in einem Gesamtbeitrag in Millionenhöhe entgegen. Weil über die X AG bereits der Konkurs eröffnet und mangels Aktiven wieder eingestellt worden war, wurde das Enforcementverfahren nur gegen die Organe der Gesellschaft eröffnet. Die FINMA stellte fest, dass A und B aufgrund ihrer massgeblichen Beiträge gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen haben, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen, womit sie aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt haben.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 5 bzw. gegen B für die Dauer von 2 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde von A nicht angefochten. Auf die Beschwerde von B ist das Bundesverwaltungsgericht nicht eingetreten (siehe Urteil BVGer B-2835/2016 vom 3.8.2016). Die Verfügung ist gegenüber A und B rechtskräftig.

18

Entscheiddatum: 2.6.2016

Parteien: X AG, Y AG, natürliche Personen A, B und C

Thema: Unerlaubte Emissionshaustätigkeit

Zusammenfassung: Die X AG verkaufte in eigenem Namen von August bis Dezember 2015 Aktien ihrer Tochtergesellschaft Y AG an private Investoren. Die X AG verfügte über Geschäftsräumlichkeiten sowie mehrere festangestellte Mitarbeiter, deren ausschliessliche Tätigkeit der Aktienvertrieb war. Die Anwerbung der Investoren erfolgte unter anderem über Internetwerbung und Telefonmarketing. In der abgegebenen Investitionsbroschüre wurde die Y AG als erfolgreiches, etabliertes Softwareunternehmen angepriesen und es wurden hohe Renditen in Aussicht gestellt. Enge wirtschaftliche, organisatorische und personelle Verflechtungen liessen die X AG und die Y AG als eine Gruppe erscheinen. Der Aktienvertrieb stellte im Jahr 2015 im Wesentlichen die einzige Geschäftstätigkeit und Einnahmequelle dieser Gruppe dar. Die FINMA stellte somit fest, dass die X AG und die Y AG bis Ende 2015 gemeinsam als Gruppe ohne Bewilligung gewerbsmässig den Effektenhandel betrieben hatten (Art. 10 BEHG). A, B und C leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit. Da die X AG und die Y AG im Zeitpunkt der Verfügung den Aktienvertrieb bereits seit einigen Monaten selbständig eingestellt hatten und danach eine operative, nicht unterstellungspflichtige Geschäftstätigkeit ausübten, verzichtete die FINMA auf eine Liquidation und ordnete stattdessen Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes an. Diese betrafen insbesondere eine vollumfängliche und transparente Information der Investoren über die Geschäftstätigkeit der Gruppe und das abgeschlossene Verfahren.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG); Androhung der Liquidation im Wiederholungsfall (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Unterlassungsanweisungen gegen A, B und C.

Rechtskraft: Die Verfügung wurde von A, B und C nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber der X AG und der Y AG ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1561/2016.

19

Entscheiddatum: 2.6.2016

Parteien: X AG, natürliche Personen A und B

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

Zusammenfassung: Die X AG nahm von mehr als 2000 Personen über einen «Edelmetallratenkaufplan» Einzahlungen in einem Gesamtbetrag in Millionenhöhe entgegen. Den Anlegern wurde garantiert, dass das für Sie damit erworbene Edelmetall rechtlich ihr Eigentum und jederzeit in gesicherten Tresoren real vorhanden sei. Zudem wurden ein «Bonus» von 9,5 Prozent auf den Einzahlungen sowie der Rückkauf des Edelmetalls zum jeweiligen Marktwert zugesichert. Die Einzahlungen der Anleger wurden für den Betrieb der X AG sowie für private Aufwendungen von A und B verwendet. Die X AG konnte keine Edelmetallbestände nachweisen, welche die Forderungen der Anleger gedeckt hätten. Sie hat diesen insofern kein Eigentum an Edelmetall übertragen, womit die Ausnahmebestimmung betreffend Gelder, die eine Gegenleistung aus einem Vertrag auf Übertragung von Eigentum darstellen (Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV), keine Anwendung fand. Die X AG hat damit gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A und B als Mitglieder des Verwaltungsrats der X AG massgeblich verantwortlich. Die X AG wie auch A und B kamen zudem ihren Auskunftspflichten nur mangelhaft nach (Art. 29 FINMAG).

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von je 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

20

Entscheiddatum: 9.6.2016

Parteien: X AG, natürliche Person A

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

Zusammenfassung: A schloss mit Anlegern mindestens 38 Darlehensvereinbarungen bzw. darlehensähnliche Aktienkaufverträge in einem Gesamtbetrag in Millionenhöhe ab. Die Aktienkaufverträge sahen ein unwiderrufliches Rückkaufversprechen sowie eine zusätzliche Mindestrendite vor, weshalb die Verträge bzw. die darauf gestützt überwiesenen Gelder als verkappte Darlehenskonstruktionen mit Einlagecharakter und nicht als Gegenleistungen für Eigentumsübertragungen i.S.v. Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV qualifizierten. Aufgrund der personellen, organisatorischen und finanziellen Verflechtungen zwischen A und der X AG wurden diese wirtschaftlich als Einheit und aufsichtsrechtlich als Gruppe betrachtet, die gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hat, ohne über die dafür erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 4 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

21

Entscheiddatum: 8.7.2016

Parteien: X AG, natürliche Person A

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

Zusammenfassung: Die X AG verkaufte unter Abgabe hoher Renditeversprechen mittels Vermittler über 600 Fässer mit Lebensmitteln an private Investoren und nahm hierfür Gelder in einem Gesamtbetrag in Millionenhöhe entgegen. Die Fässer wurden jedoch nicht an die Anleger ausgeliefert, sondern durch die X AG in einem entlegenen Stollen gelagert und für die Anleger treuhänderisch verwaltet. Die Untersuchungen ergaben einen Fehlbestand bei den Fässern sowie teilweise fehlende Beschriftungen derselben. Aufgrund des betriebenen Geschäftsmodells sowie der ungenügenden bzw. widersprüchlichen Individualisierung der Fässer qualifizierte die FINMA die Anlegergelder nicht als Gegenleistungen für Eigentumsübertragungen i.S.v. Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV. Die FINMA kam somit zum Schluss, dass die X AG gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hat, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit war A als Alleinaktionär und einziges Mitglied des Verwaltungsrats der X AG massgeblich verantwortlich.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-4354/2016.

22

Entscheiddatum: 18.8.2016

Parteien: U AG, V AG, W AG, X AG, Y AG, Z AG; natürliche Personen A, B, C und D

Thema: Unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe; unerlaubter Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage

Zusammenfassung: Die U AG (Holdinggesellschaft) sowie ihre Beteiligungen (V AG, W AG, X AG, Y AG und Z AG) haben über einen längeren Zeitraum über Vermittler und eigene Offshore-Gesellschaften Aktien der Beteiligungen an private Anleger verkauft und hierbei Verkaufserlöse in Millionenhöhe erzielt. Dabei missachteten die involvierten Organe in grober Weise die im Jahr 2010 von der FINMA festgelegten Auflagen zur Verhinderung der Umgehung der Börsengesetzgebung. Die U AG betrieb sodann eine kollektive Kapitalanlage (SICAF), da ihr Aktionariat u.a. aus nicht qualifizierten Anlegern i.S. des KAG bestand und weder eine relevante operative Tätigkeit (Art. 2 Abs. 2 Bst. d KAG) noch ein Konzern unter einer einheitlichen Leitung (Art. 2 Abs. 2 Bst. e KAG) vorlag. Sodann hatten einige Beteiligungen eine Geschäftstätigkeit im Goldhandel initiiert, was für den Fall einer effektiven Geschäftsaufnahme eine geldwäschererechtliche Unterstellungspflicht begründet hätte. Die FINMA kam zum Schluss, dass die U AG und ihre Beteiligungen als Gruppe eine Emissionshaustätigkeit ausübten, ohne die erforderliche Bewilligung (Art. 10 BEHG) zu haben. Zudem gelangte die FINMA zum Schluss, dass die U AG darüber hinaus eine kollektive Kapitalanlage ohne die erforderliche Bewilligung (Art. 13 KAG) betrieb. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A, B, C und D massgeblich verantwortlich, wobei die Hauptverantwortung bei A und B lag.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG bzw. Art. 137 Abs. 1 KAG) der U AG, V AG, Y AG und Z AG; Androhung der Liquidation gegen die W AG und X AG (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 20 GwG); Unterlassungsanweisungen gegen C, D, W AG und X AG ohne Publikation und gegen A und B mit Publikation für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde von der W AG, X AG und von C nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber der U AG, V AG, Y AG und Z AG sowie gegenüber A, B und D ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5657/2016 und B-5688/2016.

23

Entscheiddatum: 18.8.2016

Parteien: X GmbH, natürliche Personen A und B

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen als Gruppe

Zusammenfassung: Die X GmbH hat zusammen mit einer ausländischen Gesellschaft als Gruppe von über 100 Anlegern Gelder in einem Gesamtbetrag in Millionenhöhe entgegengenommen. Die ausländische Gesellschaft verkaufte den Anlegern Münzen mit dem ausdrücklichen Hinweis einer Rückkaufverpflichtung (mit Rendite) durch die X GmbH, wobei der Münzenverkauf und die Rückkaufverpflichtung wirtschaftlich eine Einheit bildeten. Dementsprechend war die Ausnahmebestimmung betreffend Gelder, welche eine Gegenleistung aus einem Vertrag auf Übertragung von Eigentum darstellen (Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV), nicht anwendbar. Die FINMA stellte fest, dass die X GmbH gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hat, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. A und B leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

24

Entscheiddatum: 8.9.2016

Parteien: X AG und Y AG, natürliche Personen A und B

Thema: Unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

Zusammenfassung: Die X AG zeichnete Aktien ihrer börsenkotierten Tochtergesellschaft Y AG und verkaufte diese anschliessend zwischen den Jahren 2012 und 2015 mit Hilfe von Vermittlern in eigenem Namen an mindestens 35 private Investoren. Auf diese Weise erzielte die X AG einen Verkaufserlös in Millionenhöhe. Der Aktienvertrieb bildete im Wesentlichen die einzige Geschäftstätigkeit und Einnahmequelle der X AG. Die FINMA stellte fest, dass die X AG bis Ende 2015 unerlaubt eine Emissionshaustätigkeit betrieben hat, ohne über die notwendige Bewilligung zu verfügen (Art. 10 BEHG). A war als Alleinaktionär und einziges Verwaltungsratsmitglied der X AG für deren unerlaubte Tätigkeit verantwortlich.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkurseröffnung gegenüber der X AG (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 4 Jahren (Art. 34 FINMAG); Verfahreneinstellung gegenüber der Y AG und Person B unter solidarischer Kostenauflegung.

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-6250/2016 und B-6230/2016.

25

Data della decisione: 13.10.2016

Parti: X SA, Y SA, J AG, Z SA, persone fisiche A, B e C

Tema: Accettazione illecita di depositi del pubblico quale gruppo

Riassunto: Nel periodo dal 2010 al dicembre 2014, le società X SA, Y SA, J AG, Z SA (in seguito Gruppo-W) hanno accettato illecitamente depositi del pubblico da oltre 100 investitori per almeno EUR 11 mio. (art. 1 cpv. 2 LBCR). A e B erano azionisti di maggioranza, direttori e organi delle varie società e strutture coinvolte. L'inchiesta ha dimostrato come essi avessero già precedentemente (fin dal 1995) accettato dalla Svizzera depositi del pubblico per almeno CHF 4,5 mio. da 180 investitori attraverso società di comodo e succursali svizzere delle stesse. Mediante una campagna di marketing elaborata e promuovendo una fitta rete di procacciatori d'affari venivano ricercati piccoli e medi investitori esteri. Le somme raccolte non venivano investite, ma utilizzate da A e B per sostenere il proprio tenore di vita e le ingenti spese di struttura del Gruppo-W. Nell'ambito del procedimento, A e B hanno inoltre fornito intenzionalmente informazioni inveritiere e incomplete alla FINMA e agli incaricati dell'inchiesta (art. 29 in combinato disposto con l'art. 36 cpv. 3 LFINMA). Le società X SA e Y SA sono state poste in fallimento, la società J AG è stata posta in liquidazione, mentre nei confronti di Z SA il procedimento è stato abbandonato. Nei confronti di A e B sono stati pronunciati degli ordini di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione e la pubblicazione degli stessi per 10 anni, mentre nei confronti di C il procedimento è stato abbandonato.

Provvedimenti: Accertamento (art. 32 LFINMA); liquidazione della J AG e fallimento della X SA e della Y SA (art. 37 LFINMA in combinato disposto con l'art. 23^{quinquies} cpv. 1 LBCR); pubblicazione per la durata di 10 anni dell'ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione nei confronti di A e B (art. 34 LFINMA); abbandono del procedimento nei confronti di C e Z SA.
Crescita in giudicato: Procedura di ricorso pendente; TAF B-7062/2016.

26

Entscheiddatum: 20.10.2016

Parteien: X AG, Y AG, natürliche Personen A und B.

Thema: Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen als Gruppe

Zusammenfassung: Die X AG und später die Y AG boten via «Cold Calls» und externe Vermittler Investoren Pflanzensetzlinge zum Kauf an mit dem Versprechen, diese im Ausland anzupflanzen und die Investoren anteilmässig am Ernteertrag zu beteiligen. Bei einer Vertragslaufzeit von viereinhalb Jahren stellten die X AG und die Y AG eine jährliche Rendite von rund 10 bis 22 Prozent in Aussicht. Die vertraglich zugesicherte Individualisierung der erworbenen Setzlinge mittels Geodaten sowie die Ausmarchung der Anbauflächen vor Ort blieben aus. Auch waren die X AG sowie die Y AG selbst nie Eigentümer der von ihnen verkauften Pflanzensetzlinge, und die nach ausländischem Recht notwendigen Handlungen zur Trennung von Eigentum an Pflanzen und Grundeigentum wurden nicht vorgenommen. Wirtschaftlich entsprach das Investitionsangebot im Übrigen einem verzinslichen Darlehen. Dementsprechend kam vorliegend die Ausnahmebestimmung zum Verbot der Entgegennahme von Publikumseinlagen betreffend Verträge auf die Übertragung von Eigentum (Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV) nicht zum Tragen. Damit haben die X AG und die Y AG gemeinsam als Gruppe gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen. A und B waren massgeblich für die unerlaubte Tätigkeit verantwortlich, wobei A als zentrale Figur agierte.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Unterlassungsanweisung gegen B ohne Publikation und gegen A mit Publikation für die Dauer von 2 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-7273/2016.

27

Date de la décision : 8.12.2016

Parties : X SA, personne physique A

Sujet : Activité non autorisée d'intermédiaire financier

Résumé : Exclue depuis le 2 mai 2016 de l'OAR auquel elle était préalablement affiliée, X SA a poursuivi et développé son activité d'intermédiaire financier, exercée à titre professionnel, sans obtenir d'autorisation de la FINMA ni s'affilier à un autre OAR. Malgré une volonté affichée de collaborer avec la FINMA et de régulariser au plus vite la situation, X SA n'a pas même présenté de requête formelle d'autorisation, qui devrait en tout état lui être refusée en l'absence de garantie d'une activité irréprochable (art. 14 al. 2 let. c LBA). En tant qu'administrateur et actionnaire unique et principal interlocuteur avec la FINMA, A a indéniablement contribué à l'activité de X SA.

Mesures : Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; liquidation (art. 37 LFINMA en relation avec l'art. 20 LBA) ; ordre de s'abstenir d'exercer, sans l'autorisation nécessaire, une activité soumise à l'autorisation de la FINMA.

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

28

Entscheiddatum: 15.12.2016

Partei: X AG, Y AG, natürliche Personen A und B

Thema: Unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

Zusammenfassung: Die X AG verkaufte in eigenem Namen und unter Einsatz von Vermittlern Aktien ihrer Tochtergesellschaft Y AG und nahm auf diese Weise einen Gesamtbetrag in Millionenhöhe ein. Der Aktienverkauf stellte neben dem Halten der Beteiligung an der Y AG die einzige feststellbare Geschäftstätigkeit der X AG dar und war darauf ausgerichtet, regelmässige Erträge zu erzielen. Entgegen dem gegenüber den Investoren kommunizierten Investitionszweck flossen die Gelder von der X AG an die Y AG und von dort teilweise an eine weitere Tochtergesellschaft oder an die Organe A und B der Gesellschaften, welche die Gelder zur Deckung ihrer privaten Auslagen und Spesen verwendeten. Enge wirtschaftliche, organisatorische und personelle Verflechtungen liessen die X AG und die Y AG als eine Gruppe erscheinen. Diese übte eine Emissionshaustätigkeit aus, ohne über die nach Art. 10 BEHG erforderliche Bewilligung zu verfügen. Die FINMA stellte folglich fest, dass die X AG und Y AG als Gruppe ohne Bewilligung den Effektenhandel betrieben hatten (Art. 10 BEHG). A und B leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung der X AG und der Y AG (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG und Art. 36a BEHG); Unterlassungsanweisung gegen A und B und Publikation derselben für die Dauer von 4 Jahren respektive von 2 Jahren (Art. 34 FINMAG).

Rechtskraft: Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-7892/2016.

29

Data della decisione: 15.12.2016

Parti: X AG, Y AG, Fondazione Z, persone fisiche A e B

Tema: Accettazione illecita di depositi del pubblico quale gruppo

Riassunto: Per assicurare la continuità della sua attività in ambito non finanziario e allo scopo di finanziarsi attraverso capitali di terzi, la X AG, nel periodo dal 2012 al 2015, ha emesso a titolo professionale dei prestiti in obbligazioni sulla base di criteri non unitari (relativamente alla durata, al termine di sottoscrizione vincolante, ecc.) e con obbligo di rimborso alla scadenza. Inoltre, la documentazione fornita agli investitori non presentava i requisiti minimi d'informazione previsti dall'art. 1156 cpv. 2 e dall'art. 652a cpv. 1 CO. Di conseguenza, le somme raccolte dalla X AG attraverso i prestiti in obbligazioni da lei emessi non rientravano nel regime della deroga prevista dall'art. 5 cpv. 3 lett. b OBCR (art. 3a cpv. 3 lett. b vOBCR). La X AG ha dunque accettato depositi del pubblico a titolo professionale senza disporre della necessaria autorizzazione e ciò in grave violazione dell'art. 1 cpv. 2 LBCR. Il Gruppo formato dalla X AG, dalla Y AG, dalla Fondazione Z e dalle persone fisiche A e B ha tuttavia ripristinato la situazione conforme ai sensi dell'art. 31 LFINMA.

Provvedimenti: Accertamento (art. 32 LFINMA); ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione contro A e B e avvertimento della messa in liquidazione in caso di recidiva contro X AG, Y AG e Fondazione Z (art. 37 LFINMA in combinato disposto con l'art. 23^{quinquies} cpv. 1 LBCR).

Crescita in giudicato: La decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

Insolvenzentscheide

30

Date de la décision : 28.1.2016

Partie : X Ltd., succursale suisse, en liquidation

Sujet : Modification de la décision de faillite (nomination d'un liquidateur externe)

Résumé : Par décision du 26 avril 2013, la FINMA avait notamment ouvert la faillite de X Ltd., succursale suisse, en liquidation, assumant dans un premier temps elle-même la fonction de liquidatrice de la faillite. L'évolution de la liquidation a conduit la FINMA à nommer un liquidateur externe.

Mesures : Nomination d'un liquidateur externe (art. 33 al. 2 LB).

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

31

Entscheiddatum: 4.2.2016

Partei: Bank X

Thema: Anordnung von Schutzmassnahmen/Transaktionsverbot i.S.v. Art. 26 Abs. 1 Bst. f BankG

Zusammenfassung: Die Bank X war nicht in der Lage, die Anforderungen zur Einhaltung der Bewilligungsvoraussetzungen hinsichtlich des Mindestkapitals und der Mindesteigenmittel (Art. 3 Abs. 2 Bst. b BankG i.V.m. Art. 15 Abs. 1 BankV) innert der gewährten Frist zu erfüllen (siehe **Fall 3**). Darauf wurde ihr eine Nachfrist gewährt, um die mangels Beseitigung der Missstände innert Frist entstandene natürliche Vermutung einer Insolvenzgefahr zu widerlegen. Bis zur Klärung der Sachlage wurde zudem mittels superprovisorischer Verfügung im Interesse der Gläubiger ein sofort vollstreckbares generelles Transaktionsverbot in Bezug auf Kundeneinlagen und die übrigen Aktiven der Bank i.S.v. Art. 26 Abs. 1 Bst. f BankG angeordnet, um weitere Mittelabflüsse zu unterbinden.

Massnahmen: Generelles Transaktionsverbot i.S.v. Art. 26 Abs. 1 Bst. f BankG.

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

32

Entscheiddatum: 12.5.2016

Partei: X AG in Liquidation

Thema: Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

Zusammenfassung: Mit Verfügung vom 12.11.2015 hatte die FINMA wegen unerlaubter Emissionshaus-tätigkeit die aufsichtsrechtliche Liquidation über die X AG angeordnet (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 39**). In der Folge stellte der eingesetzte Liquidator die Überschuldung der X AG in Liquidation fest.

Massnahmen: Konkursöffnung über die X AG in Liquidation (Art. 33 Abs. 1 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

33

Entscheiddatum: 2.6.2016

Partei: X AG in Liquidation

Thema: Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

Zusammenfassung: Mit Verfügung vom 19.2.2016 ordnete die FINMA wegen unerlaubter Emissionshaustätigkeit die aufsichtsrechtliche Liquidation über die X AG in Liquidation (zum damaligen Zeitpunkt in freiwilliger Liquidation) sowie die Y AG an (siehe **Fall 16**). Im Laufe der aufsichtsrechtlichen Liquidation wurde bei beiden Gesellschaften sowohl Überschuldung als auch Illiquidität festgestellt (vgl. **Fall 34**).

Massnahmen: Konkursöffnung über die X AG in Liquidation (Art. 33 Abs. 1 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

34

Entscheiddatum: 2.6.2016

Partei: Y AG in Liquidation

Thema: Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

Zusammenfassung: Mit Verfügung vom 19.2.2016 ordnete die FINMA wegen unerlaubter Emissionshaustätigkeit die aufsichtsrechtliche Liquidation über die X AG in Liquidation (zum damaligen Zeitpunkt in freiwilliger Liquidation) sowie die Y AG an (siehe **Fall 16**). Im Laufe der aufsichtsrechtlichen Liquidation wurde bei beiden Gesellschaften sowohl Überschuldung als auch Illiquidität festgestellt (vgl. **Fall 33**).

Massnahmen: Konkursöffnung über die Y AG in Liquidation (Art. 33 Abs. 1 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

35

Entscheiddatum: 17.10.2016

Partei: X AG in Liquidation

Thema: Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

Zusammenfassung: Mit Verfügung vom 12.8.2016 stellte die FINMA fest, dass die X AG als Teil einer Gruppe ohne die erforderliche Bewilligung den Effektenhandel betrieben hatte. Die FINMA ordnete die aufsichtsrechtliche Liquidation über die X AG an (siehe **Fall 22**). In der Folge stellte der eingesetzte Liquidator die Überschuldung und Illiquidität der X AG in Liquidation fest.

Massnahmen: Konkursöffnung über die X AG in Liquidation (Art. 33 Abs. 1 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

36

Date de la décision : 19.5.2016

Partie : Banque X en liquidation

Sujet : Institution d'une commission de surveillance

Résumé : Dans la faillite de la banque X en liquidation (cf. rapport 2014 sur l'*enforcement*, **cas 56**), la FINMA a institué une commission de surveillance, en application de l'art. 35 al. 1 let. b LB. Elle a désigné les membres de la commission et leurs compétences, déterminant également le cadre de son organisation.

Mesures : Institution d'une commission de surveillance (art. 35 al. 1 let. b LB).

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

37

Entscheiddatum: 3.10.2016

Partei: X GmbH in Liquidation

Thema: Ersetzung des Konkursliquidators

Zusammenfassung: Wegen der Reorganisation des Konkursliquidators hat die FINMA die Verantwortung für die Fortführung der Liquidation der Nachfolgegesellschaft übertragen.

Massnahmen: Ernennung Konkursliquidator (Art. 33 Abs. 2 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

38

Entscheiddatum: 7.11.2016

Partei: X AG in Liquidation

Thema: Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

Zusammenfassung: Mit Verfügung vom 30.10.2014 stellte die FINMA fest, dass die X AG Teil einer Gruppe war, die ohne Bewilligung Publikumseinlagen entgegengenommen hatten und ordnete deren aufsichtsrechtliche Liquidation an (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 46**). In der Folge stellte der eingesetzte Liquidator die Überschuldung der X AG in Liquidation fest.

Massnahmen: Konkursöffnung über die X AG in Liquidation (Art. 33 Abs. 1 BankG).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Übernahmen und Offenlegung

26

Kasustik FINMA
FINMA | Enforcementbericht 2016

39

Entscheiddatum: 1.7.2016

Gesuchsteller: Stiftung Y, natürliche Person A

Thema: Offenlegung von Beteiligungen

Zusammenfassung: Bei der Stiftung Y handelt es sich um eine ausländische Stiftung, die indirekt über mehrere Stufen meldepflichtige Beteiligungen an in der Schweiz kotierten Gesellschaften hält. A ist Präsident des Stiftungsrates und verfügt als solcher über weitreichende Befugnisse, insbesondere die Stimmenmehrheit im Stiftungsrat. Zuzug seiner Kontrolle über die Ausübung der Stimmrechte erfüllte er bisher die Meldepflicht selbst. Mit Erlass des FinfraG sowie der FinfraV-FINMA definiert Art. 10 Abs. 1 FinfraV-FINMA den Begriff des wirtschaftlich Berechtigten, dem die Meldepflicht obliegt: Wirtschaftlich berechtigt ist, wer sowohl die Ausübung der Stimmrechte kontrolliert als auch das wirtschaftliche Risiko aus der Beteiligung trägt. Aufgrund der Ausgestaltung der Stiftung Y trägt A kein wirtschaftliches Risiko. A ist daher nicht als wirtschaftlich Berechtigter zu betrachten. Die Destinatäre der Stiftung Y verfügen weder über eine formelle Organfunktion noch über andere Möglichkeiten, um faktisch beherrschend auf die Stiftung einzuwirken. Sie können die Ausübung der Stimmrechte daher nicht beeinflussen und qualifizieren folglich ebenfalls nicht als wirtschaftlich Berechtigte. Einzig die Stiftung Y vereinigt gleichzeitig die Kontrolle der Stimmrechte und das wirtschaftliche Risiko auf sich. Die Gesuchsteller ersuchten die zuständige Offenlegungsstelle um die Feststellung, dass nicht A, sondern die Stiftung Y gemäss Art. 120 Abs. 1 FinfraG meldepflichtig sei. Die angerufene Offenlegungsstelle kommt in ihrer Empfehlung zum selben Schluss. Weil zur Beurteilung der Frage weitere Unterlagen herangezogen werden mussten, hat die FINMA die Empfehlung zur Überprüfung an sich gezogen. Gestützt auf die zusätzlichen Angaben hat die FINMA die Empfehlung der Offenlegungsstelle bestätigt.

Ausgang des Verfahrens: Gutheissung des Gesuchs und Feststellung der Stiftung Y als Meldepflichtige (Art. 123 FinfraG i.V.m. Art. 28 Abs. 4 Bst. a und 5 FinfraV-FINMA).

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Internationale Amtshilfe

40

Date de la décision : 28.1.2016

Résumé : L'AMF a adressé à la FINMA une requête d'entraide administrative concernant un soupçon de délit d'initié. Suite à l'augmentation conséquente du cours du titre après une annonce positive, l'AMF a remarqué qu'un établissement bancaire suisse avait, pour le compte de Y SA, acheté des titres quelques jours avant l'annonce, puis les avait vendus quelques semaines après celle-ci. L'AMF souhaitait connaître l'identité des bénéficiaires économiques pour le compte desquels les transactions suspectes avaient été réalisées. L'édition de documents bancaires a permis d'identifier le titulaire du compte et révélé qu'il s'agissait de X SA, société à laquelle la FINMA a notifié une décision formelle. Avant de donner son accord à la transmission partielle des informations requises, la partie a d'abord fait valoir dans son opposition à la transmission des informations la concernant que l'AMF ne remplirait pas les conditions de l'art. 38 al. 2 LBVM (aujourd'hui : art. 42 al. 2 LFINMA) en raison de décisions du Conseil constitutionnel français ainsi que d'une information judiciaire ouverte en France, lesquelles limiteraient les pouvoirs de l'AMF et ne la légitimeraient pas à obtenir les informations et documents requis. En tant que signataire à part entière du *multilateral memorandum of understanding* de l'Organisation internationale des commissions de valeurs, l'AMF respecte les exigences de confidentialité et de spécialité requises pour la transmission d'informations. La loi ne délimitant pas les tâches que doit exécuter une autorité étrangère pour que l'entraide lui soit accordée, la FINMA peut octroyer l'entraide à l'AMF même si la compétence de

sanctionner de cette dernière faisait défaut. En tout état de cause, l'AMF demeure compétente pour rechercher les manquements et infractions relevant de code monétaire et financier français. Sous peine de priver l'AMF d'informations expressément requises et potentiellement utiles, la FINMA ne peut substituer son appréciation à celle de l'AMF et lui a transmis les documents requis propres à faire avancer l'enquête.

Entrée en force : Un recours a été admis et la cause a été renvoyée à la FINMA ; cf. arrêt du TAF B-741/2016 du 13.5.2016 et **cas 44**.

41

Date de la décision : 28.4.2016

Résumé : L'U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec le titre de la société X dans le cadre d'une enquête menée relativement à une potentielle manipulation de marché de type « *pump and dump* ». A l'appui de sa requête, la SEC explique qu'en 2009 et 2010, des promoteurs, leurs affiliés ainsi que des complices auraient acquis une grande quantité de titres de X avant le début de campagnes promotionnelles agressives. Ensuite, les promoteurs et leurs affiliés auraient orchestré les campagnes afin de promouvoir le titre à travers leurs comptes situés notamment en Suisse auprès de la banque Y. Plus précisément, de nombreuses ventes auraient été exécutées par petites tranches à travers des sociétés de courtage afin de dissimuler le *dumping* d'un nombre considérable de titres de X à un large public. Les négociants auraient également procédé à des petites quantités d'achats de titres ou procédé à des « *matched trades* » afin de créer l'apparence d'un marché de négoce actif ou afin de faire augmenter le prix du titre. La SEC soupçonne que les campagnes promotionnelles et les « *matched trades* » auraient fait augmenter artificiellement le prix du titre et auraient permis aux vendeurs des millions de dollars de profits indus. Par ailleurs, les promoteurs suspectés auraient détenu, directement ou indirectement, plus de 5 % d'actions de X sans en reporter la propriété effective à la SEC. A travers sa requête, la SEC cherche à identifier les bénéficiaires finaux des ventes du titre sous enquête et ainsi à déterminer l'implication de ces personnes dans la

manipulation de marché y relative. Des transactions suspectes pour des montants considérables ont été effectuées par le compte de la société Z sur le titre W. La FINMA a notifié sa décision à Z, qui s'est opposée à la transmission des informations la concernant au motif qu'elle ne serait pas impliquée dans une manipulation de marché liée au titre W et a invoqué que la transmission du courrier d'introduction du client auprès de la banque ainsi que de ses extraits de compte compromettrait son activité économique.

Entrée en force : Un recours a été interjeté (TAF B-2883/2016). Pendant la procédure de recours, la FINMA a rendu une décision en reconsidération (cf. **cas 42**).

42

Date de la décision : 7.7.2016

Résumé des faits : Pendant la procédure de recours (cf. **cas 41**), la SEC a retraité sa requête d'entraide, en raison de la clôture des investigations qu'elle menait sur les titres de X. La FINMA a révoqué la décision du 28 avril 2016 par laquelle elle lui accordait l'entraide parce que les informations concernant Z n'étaient plus susceptibles de permettre l'avancement de l'enquête de la SEC et qu'une des conditions pour octroyer l'entraide n'était ainsi manifestement plus réalisée.

Entrée en force : La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

43

Date de la décision : 16.12.2016

Résumé : L'AMF a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA concernant un soupçon de délit d'initié. Suite à l'augmentation du cours du titre de la société X après une annonce positive, l'AMF a remarqué qu'un établissement bancaire suisse avait acheté des titres quelques jours avant l'annonce et les avait revendus le jour suivant. L'AMF a souhaité connaître l'identité des bénéficiaires économiques pour le compte desquels les transactions suspectes avaient été réalisées. L'édition de documents bancaires a révélé que le titulaire du compte était Y SA, société à laquelle la FINMA a notifié une décision formelle. La partie a fait valoir qu'elle avait procédé à l'acquisition des titres de la société X exclusivement sur la base de ses propres analyses, lesquelles se fondaient sur des informations librement accessibles au public. De plus, Y SA a mentionné qu'aucune des infractions visées par l'AMF ne saurait être considérée comme établie et que cela pourrait conduire la FINMA à s'écarter des faits décrits par l'autorité requérante et à refuser sur cette base la demande d'entraide. Dans sa décision du 16 décembre 2016, la FINMA a rejeté l'ensemble de ces arguments et rappelé que la transmission des informations requises par l'AMF était à même de lui permettre d'enquêter quant au soupçon de délit d'initié présenté dans la requête. Les raisons invoquées par Y SA pour expliquer ses opérations boursières ne sont pas suffisantes pour permettre à la FINMA d'écarter le soupçon d'abus d'informations privilégiées décrit par l'AMF, du fait notamment que les transactions suspectes en question ont eu lieu pendant une période définie sensible. Par conséquent, le principe de proportionnalité est respecté.

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-520/2017.

44

Date de la décision : 16.12.2016

Résumé : Suite à l'arrêt du TAF B-714/2016 du 13 mai 2016, la FINMA a rendu une nouvelle décision dans l'affaire l'opposant à X SA concernant un soupçon de délit d'initié (cf. **cas 40**). Le recours de la partie a été admis au motif que, selon le TAF, la FINMA n'aurait pas suffisamment vérifié la compétence de l'AMF pour recevoir l'entraide administrative sur la base de l'art. 42 al. 2 let. a LFINMA, que l'enquête de l'autorité requérante était toujours d'actualité et qu'elle disposait d'un intérêt à la transmission des informations demandées conformément aux lois sur les marchés financiers. Dans sa décision du 16 décembre 2016, la FINMA s'est prononcée sur l'impact des décisions du Conseil constitutionnel français et de l'information judiciaire ouverte en France sur la compétence de l'AMF d'engager ou de continuer des poursuites administratives. Ce faisant, la FINMA est parvenue à la conclusion que la requête d'entraide de l'AMF était toujours d'actualité et que les informations demandées étaient toujours nécessaires à l'exécution de ses tâches telles qu'elles découlent des lois sur les marchés financiers, la loi française n'empêchant pas l'AMF de poursuivre la conduite d'enquêtes administratives même lorsque l'action publique aurait été mise en œuvre. Dans pareille hypothèse, seul le pouvoir de sanctions de l'AMF est limité. De plus, la FINMA a conclu que la partie n'avait produit aucune preuve démontrant l'ouverture d'une information judiciaire à son encontre pour les mêmes faits que ceux mentionnés dans la requête d'entraide administrative de l'AMF. Elle ne peut donc pas se prévaloir de cet argument pour faire obstacle à l'entraide administrative, laquelle doit être accordée à l'AMF qui satisfait pleinement aux exigences de confidentialité et de spécialité imposées par l'art. 42 al. 2 LFINMA.

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-524/2017.

Übersicht

Eine Verfügung der FINMA kann mit Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Grundsätzlich ist gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ans Bundesgericht zulässig. Eine Ausnahme gilt für Verfügungen in der internationalen Amtshilfe und bei Entscheidungen der FINMA über öffentliche Kaufangebote: Hier entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz.

Es folgt eine Auflistung der Gerichtsentscheide aus dem Jahr 2016, die in den Zuständigkeitsbereich der FINMA fallen. Zur besseren Übersicht ist die Liste nach Kategorien gegliedert, wobei unterschieden wird zwischen Urteilen zum bewilligten Bereich (S. 32), zu unerlaubt tätigen Finanzdienstleistern (S. 33), zu Insolvenzfällen (S. 35) und zur Internationalen Amtshilfe (S. 36). Mittels der Urteilsnummern können die Entscheide in den Datenbanken der Gerichte aufgerufen werden.

Bewilligter Bereich

Urteile des Bundesgerichts

Urteil BGer 2C_894/2014 vom 18.2.2016 (Urteil BVGer B-2330/2013 vom 28.8.2014)/Bewilligungsentzug, Unterstellung, Liquidation: Teilweise Gutheissung und Zurückweisung an die Vorinstanz (siehe Abschreibungsentscheid BVGer B-1647/2016 vom 5.7.2016)

Urteil BGer 2C_739/2015 vom 25.4.2016 (Urteil BVGer B-5041/2014 vom 29.6.2015)/Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, Aufhebung des BVGer-Urteils und Zurückweisung an die Vorinstanz (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 10**)

Urteil BGer 2C_270/2016 vom 22.6.2016 (Zwischenverfügung BVGer B-1242/2016 vom 8.3.2016)/Rabatte in Rahmenverträgen der Zusatzversicherung: Abweisung der Beschwerde

Arrêt du TF 2C_872/2015 du 1.8.2016 (Arrêt du TAF B-401/2015 du 18.8.2015)/Mesures de sûreté, transfert de portefeuille : le recours est rejeté

Urteil BGer 2C_425/2016 vom 5.10.2016 (Urteil BVGer B-6011/2015 vom 5.4.2016)/Verletzung des rechtlichen Gehörs: Abweisung der Beschwerde

Arrêt du TF 2C_29/2016 du 3.11.2016 (Arrêt du TAF B-3224/2013 du 23.11.2015)/Retrait des agréments en tant que société d'audit selon l'OA-FINMA et la LBA : le recours est rejeté pour autant que recevable

Urteil BGer 2C_867/2015 vom 13.12.2016 (Urteil BVGer B-2200/2014 vom 20.8.2015)/Anpassung des Reglements an die Vorgaben der Geldwäschereiverordnung der FINMA: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 3**)

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Abschreibungsentscheid BVGer B-1765/2015 vom 5.2.2016 (rechtskräftig)/Bewilligungsentzug und Liquidation, Einsetzung von Untersuchungsbeauftragten, Wiedererwägung durch die Vorinstanz: Beschwerdeverfahren wird als gegenstandslos geworden abgeschrieben

Urteil BVGer B-6011/2015 vom 5.4.2016 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C_425/2016 vom 5.10.2016)/Verletzung des rechtlichen Gehörs: Nichteintreten auf das Feststellungsbegehren, Abweisung der Rechtsverweigerungs- bzw. Rechtsverzögerungsbeschwerde

Sentenza TAF B-6244/2015 del 7.4.2016 (cresciuta in giudicato)/Richiesta d'iscrizione nel registro degli intermediari assicurativi non vincolati: ricorso respinto (v. Rapporto sull'*enforcement* **2015, caso 11**)

Décision de radiation du TAF B-4329/2015 du 12.4.2016 (entrée en force)/Violation de l'obligation d'informer et d'annoncer, garantie d'une activité irréprochable : retrait du recours, l'affaire est radiée du rôle (cf. rapport **2015** sur l'*enforcement*, **cas 5**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-1647/2016 vom 5.7.2016 (rechtskräftig)/Bewilligungsentzug, Unterstellung, Liquidation: Beschwerdeverfahren zufolge gerichtlichen Vergleichs als gegenstandslos geworden abgeschrieben

Arrêt du TAF B-5586/2013 du 4.10.2016 (entré en force)/Violation des obligations de diligence en matière de blanchiment d'argent : le recours est rejeté

Arrêt du TAF B-5264/2015 du 31.10.2016 (entré en force)/Violations graves du droit de la surveillance, mesures : le recours est rejeté (cf. rapport **2015** sur l'*enforcement*, **cas 8**)

Décision de radiation du TAF B-4296/2015 du 6.12.2016 (entrée en force)/Violation de l'obligation d'informer et d'annoncer, garantie d'une activité irréprochable : retrait du recours, l'affaire est radiée du rôle pour autant que recevable (cf. rapport **2015** sur l'enforcement, **cas 5**)

Urteil BVGer B-6958/2015 vom 19.12.2016 (angefochten; Beschwerdeverfahren BGer 2C_138/2017)/Aufnahme in das Register für Versicherungsvermittler: Abweisung in der Hauptsache, teilweise Gutheissung im Kostenpunkt

Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

Urteile des Bundesgerichts

Urteil BGer 2C_1048/2015 vom 4.1.2016 (Urteil BVGer B-6734/2014 vom 20.10.2015)/Vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten): Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Urteil BGer 2C_407/2016 vom 5.10.2016 (Urteil BVGer B-3396/2015 vom 14.4.2016)/Vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung einer Untersuchungsbeauftragten): Abweisung der Beschwerde

Urteil BGer 2C_305/2016 vom 24.11.2016 (Urteil BVGer B-6749/2014 vom 17.2.2016)/Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BGer 2C_303/2016 vom 24.11.2016 (Urteil BVGer B-6737/2014, B-6753/2014, B-6825/2014 vom 17.2.2016)/Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BGer 2C_352/2016 vom 9.12.2016 (Urteil BVGer B-2757/2015, B-3484/2015 vom 21.3.2016) / Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation, Konkurs, Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Unterlassungsanweisung und Publikation: Nichteintreten auf die Beschwerde des Beschwerdeführers 2, Abweisung der Beschwerde der Beschwerdeführenden 1, 3 und 4 (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 26**)

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-6584/2013 vom 18.1.2016 (rechtskräftig)/Entgegennahme von Publikumseinlagen, Konkurs, Werbeverbot: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-3659/2015 vom 1.2.2016 (rechtskräftig)/Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, unerlaubte Verwendung des Begriffs «Bank», Unterlassungsanweisung: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 27**)

Urteil BVGer B-6749/2014 vom 17.2.2016 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C_305/2016 vom 24.11.2016)/Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BVGer B-6737/2014, B-6753/2014, B-6825/2014 vom 17.2.2016 (angefochten, siehe Urteil BGer 2C_303/2016 vom 24.11.2016)/Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation: Abweisung der Beschwerden, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BVGer B-1906/2015 vom 16.3.2016 (rechtskräftig)/Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation und Konkurs, Werbeverbot und Publikation: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 24**)

Urteil BVGer B-6886/2015 vom 21.3.2016 (rechtskräftig)/Vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten): Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-2757/2015, B-3484/2015 vom 21.3.2016 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_352/2016)/Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation, Konkurs, Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Unterlassungsanweisung und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 26**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-3396/2015 vom 14.4.2016 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C_407/2016 vom 5.10.2016)/Vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung einer Untersuchungsbeauftragten): Beschwerdeverfahren als gegenstandslos geworden abgeschrieben

Décision de radiation du TAF B-1505/2014 du 1.6.2016 (entrée en force)/Acceptation illicite de dépôts du public, activité illicite d'intermédiaire financier, liquidation, requête de restitution de l'effet suspensif : retrait du recours, l'affaire est radiée du rôle (cf. rapport **2014** sur l'*enforcement*, **cas 34**)

Urteil BVGer B-2835/2016 vom 3.8.2016 (rechtskräftig)/Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, unerlaubte Verwendung des Begriffs «Sparen», Unterlassungsanweisung und Publikation: Nichteintreten auf die Beschwerde (**Fall 17**)

Urteil BVGer B-4804/2016 vom 31.8.2016 (rechtskräftig)/Superprovisorische Massnahmen (Einsetzung einer Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten): Nichteintreten auf die Beschwerde

Insolvenzentscheide

Arrêt du TAF B-5715/2015 du 7.10.2016 (entré en force)/Acceptation de dépôts du public sans autorisation, ordre de s'abstenir d'exercer une activité sans l'autorisation nécessaire et publication : le recours est rejeté (cf. rapport sur l'*enforcement* **2015, cas 34**)

Urteil BVGer B-6258/2016 vom 2.12.2016 (rechtskräftig)/Gesuch um Mittelfreigabe: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-6065/2015 vom 6.5.2016 (rechtskräftig)/Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe *Enforcementbericht 2015, Fall 48*)

Internationale Amtshilfe

36

Gerichtsentscheide
FINMA | Enforcementbericht 2016

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Arrêt du TAF B-7195/2015 du 25.1.2016/ASIC/Entraide administrative internationale : le recours est rejeté

Urteil BVGer B-7551/2015 vom 16.2.2016/BaFin/Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde

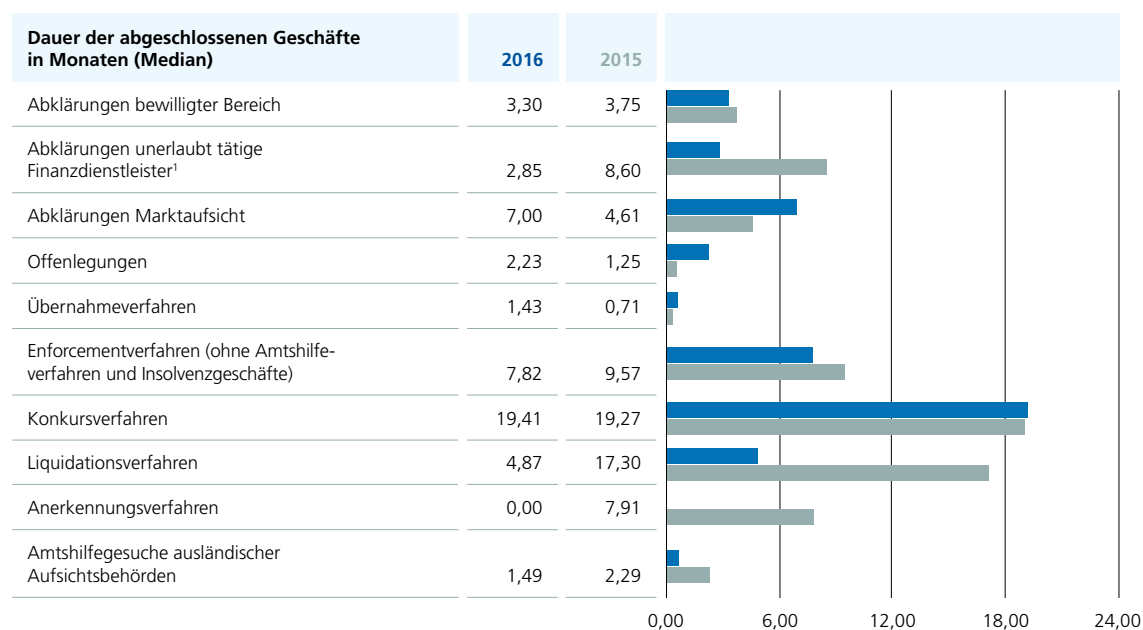
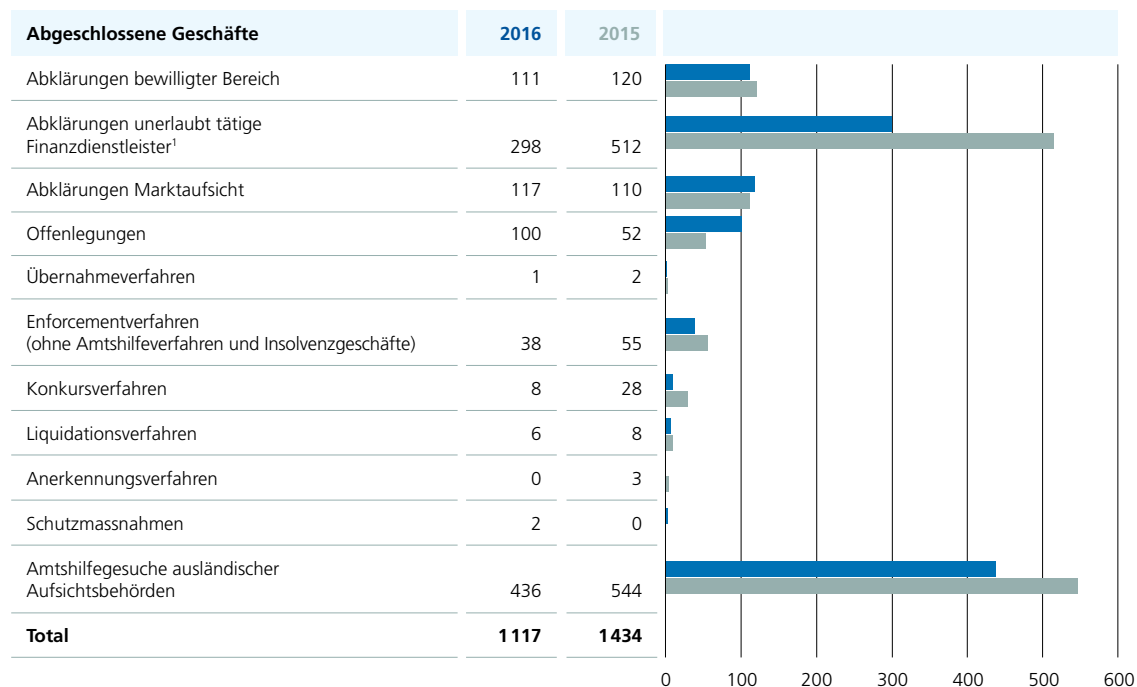
Arrêt du TAF B-7969/2015 du 16.3.2016/SEC/Entraide administrative internationale : le recours est rejeté

Arrêt du TAF B-7773/2015 du 16.3.2016/SEC/Entraide administrative internationale : le recours est rejeté (cf. rapport **2015** sur l'*enforcement*, **cas 60**)

Arrêt du TAF B-741/2016 du 13.5.2016/AMF/Entraide administrative internationale : le recours est admis (**cas 40**)

Allgemeine Statistiken

Abgeschlossene Enforcementgeschäfte



¹ Die FINMA arbeitete 2015 einen Dossierüberhang an Abklärungen zu unerlaubt tätigen Finanzdienstleistern ab. Dies führte damals zu einer Zunahme der abgeschlossenen Geschäfte und verlängerte die Dauer der abgeschlossenen Abklärungen.

Abklärungen

Abgeschlossene Abklärungen nach Thema (Auswahl an Themen; mehrere Themen je Abklärung möglich)	2016	2015
Bewilligter Bereich		
Bewilligungsgesuche	15	9
Verantwortlichkeit natürliche Personen	28	31
Organisation	60	40
Sorgfaltspflichten nach GWG	35	29
Unerlaubte Tätigkeit		
Effektenhandel ohne Bewilligung	33	54
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung	132	215
Verwendung Begriff «Bank» etc.	26	20
Finanzintermediär GWG ohne Bewilligung/SRO-Anschluss	128	299
Schweizerische kollektive Kapitalanlagen ohne Bewilligung	24	43
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	8	8
Marktaufsicht		
Insiderhandel	90	93
Marktmanipulation	26	18
Offenlegungen		
Empfehlung	11	9
Meldepflichtverletzung	89	43

Abgeschlossene Abklärungen nach Art der Betroffenen (Auswahl an Betroffenen; mehrere Betroffene je Abklärung möglich)	2016	2015
Bewilligter Bereich		
Bank / Effektenhändler	50	55
DUFI	3	8
Versicherungen	23	10
Asset Manager (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	6	7
Natürliche Personen	6	18
Unerlaubte Tätigkeit		
Juristische Personen	290	496
Natürliche Personen	8	16
Offenlegungen		
Bank / Effektenhändler	4	6
Investoren	85	42

Enforcementverfahren

Abgeschlossene Enforcementverfahren nach Bereich (ohne Amtshilfverfahren und Insolvenzgeschäfte)	2016	2015
Bewilligter Bereich	15	16
davon Banktätigkeit/Effektenhandel	5	5
davon Versicherungstätigkeit	2	2
davon DUFI	3	2
davon ausländische kollektive Kapitalanlagen	0	2
davon andere	5	5
Einzelverfahren gegen Mitarbeitende/Organe von Bewilligungsträgern	10	24
Unerlaubter Bereich	13	15
Total	38	55

Von abgeschlossenen Enforcementverfahren betroffene Parteien (ohne Amtshilfverfahren und Insolvenzgeschäfte; mehrere betroffene Parteien je Verfahren möglich)	2016	2015
Bewilligter Bereich	15	19
Unerlaubter Bereich	29	21
Einzelverfahren gegen natürliche Personen	41	43
Total	85	83

Insolvenzgeschäfte

Insolvenzgeschäfte nach Thema (Auswahl)	Eröffnungen		Abschlüsse	
	2016	2015	2016	2015
Bewilligungsträger BankG/BEHG	2	2	1	1
Bewilligungsträger GwG	1	2	2	1
Bewilligungsträger KAG	0	0	0	1
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister BankG/BEHG	21	18	11	32
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister GwG	0	2	1	1
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister KAG	5	0	0	0
Ausländische Institute BankG/BEHG	1	0	0	3

Internationale Amtshilfe

Amtshilfegesuche von ausländischen Behörden

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Themen (Amtshilfeleistung) ²	2016	2015
Marktmissbrauch	153	233
Bank	37	51
Versicherung	4	2
Märkte	18	23
Fit & proper	123	134
Weiterleitungsverfahren	12	17
Allgemeine Anfragen	86	76
Abklärungen Art. 271 StGB	4	6
Abklärungen Art. 4 ^{quinquies} BankG	2	2
Total	439	544

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Land (Amtshilfeleistung)	2016	2015
Frankreich	55	96
Deutschland	46	56
USA	46	61
Vereinigtes Königreich	36	31
Österreich	9	23
Italien	22	17
Kanada	3	15
Liechtenstein	7	1
Übrige europäische Behörden (EU)	111	147
Übrige europäische Behörden (Nicht-EU)	24	12
Naher Osten, mittel- und südamerikanische und asiatische Behörden	68	76
Afrikanische Behörden	9	9
Total	436	544

² Doppelzählungen sind möglich.

Kundenverfahren

Betreffend Amtshilfesuche ausländischer Behörden wurden im Berichtsjahr 238 (Vorjahr: 274) Kunden von Bewilligungsträgern notifiziert, wobei in 6 (Vorjahr: 28) Fällen eine anfechtbare Verfügung verlangt wurde. 4 (Vorjahr: 20) Verfügungen wurden beim Bundesverwaltungsgericht angefochten. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2016 in 5 (Vorjahr: 14) Fällen

entschieden, davon 4 (Vorjahr: 12) zugunsten der FINMA.

Bei 23 Kunden wurden Übermittlungen ohne vorgängige Information der Betroffenen gemäss Art. 42a Abs. 4 FINMAG vorgenommen.

Amtshilfebegehren der FINMA an ausländische Behörden

Abgeschlossene Amtshilfebegehren nach Land (Amtshilfeersuchen)	2016	2015
Frankreich	4	0
Deutschland	12	11
USA	2	0
Vereinigtes Königreich	13	8
Österreich	3	2
Italien	2	0
Kanada	1	0
Liechtenstein	10	3
Übrige europäische Behörden (EU)	10	8
Übrige europäische Behörden (Nicht-EU)	1	1
Naher Osten, mittel- und südamerikanische und asiatische Behörden	3	5
Afrikanische Behörden	0	0
Total	61	38

Abgeschlossene Amtshilfebegehren nach Bereich (Amtshilfeersuchen)	2016	2015
Bewilligter Bereich	9	3
Unerlaubte Tätigkeit	20	20
Marktaufsicht	32	15
Total	61	38

Verfügungen in Enforcementgeschäften

Allgemein

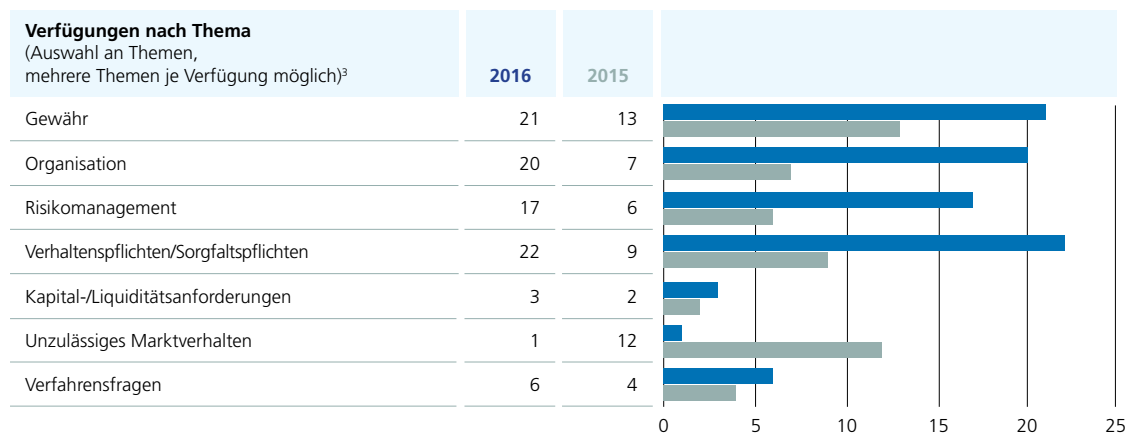
Verfügungen nach Sprache	2016	2015
Deutsch	61	78
Französisch	23	24
Italienisch	5	12
Total	89	114

Verfügungen nach Art	2016	2015
Endverfügungen	51	88
Zwischenverfügungen	36	21
Wiedererwägungsverfügungen	2	5
Total	89	114

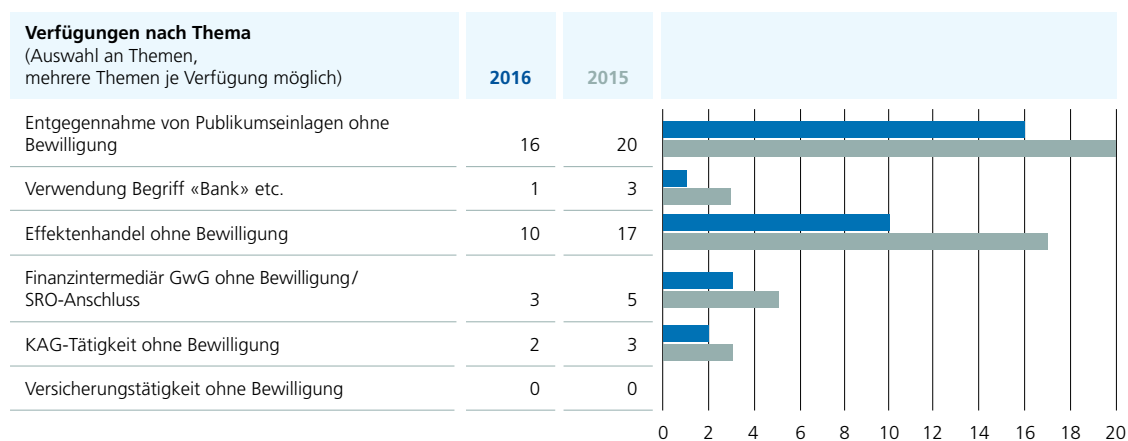
Verfügungen nach Bereich	2016	2015
Bewilligter Bereich	35	21
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister	36	41
Marktaufsicht	1	11
Offenlegungen	1	1
Übernahmen	1	2
Insolvenz	9	10
Amtshilfe	6	28
Andere	0	0
Total	89	114

Verfügungen nach betroffenen Personen (mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	2016	2015
Juristische Personen	113	125
Natürliche Personen	43	71
Total	156	196

Bewilligter Bereich und Marktaufsicht



Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

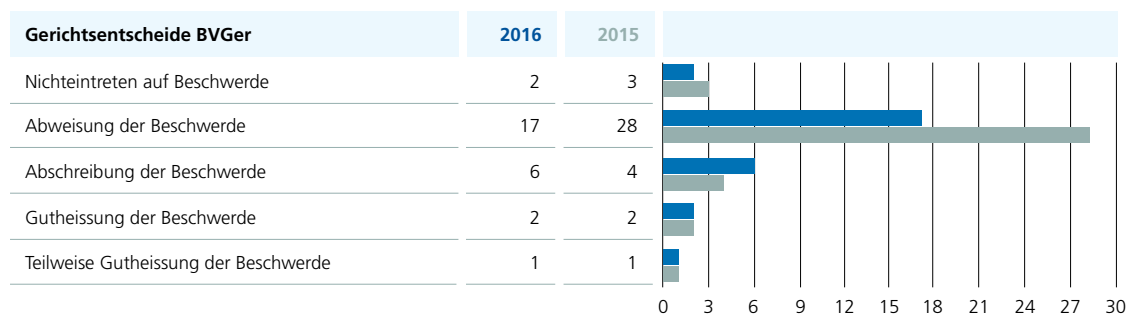
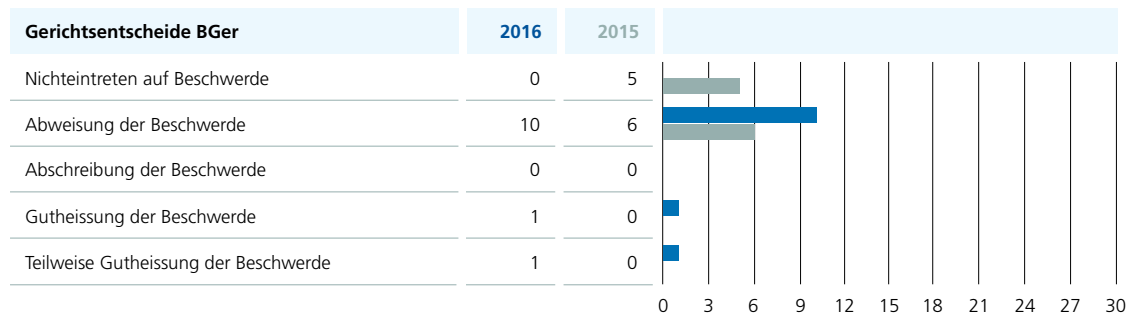


³ Aufgrund nachträglicher Änderungen oder Anpassungen der Zählweise können die Zahlen von denjenigen des letztjährigen Berichts abweichen.

Massnahmen

Massnahmen in Verfügungen (ohne Amtshilfeverfahren, mehrere Massnahmen und mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	betroffene juristische Personen		betroffene natürliche Personen	
	2016	2015	2016	2015
Auflagen und Einschränkungen (Art. 31 FINMAG)	9	8	0	0
Feststellungsverfügung (Art. 32 FINMAG) mit weiteren Massnahmen	31	30	28	30
Feststellungsverfügung (Art. 32 FINMAG) ohne weitere Massnahmen	2	4	3	2
Berufsverbot (Art. 33 FINMAG)	–	–	4	11
Tätigkeitsverbot (Art. 35a BEHG)	–	–	0	3
Unterlassungsanweisung	2	0	26	25
Veröffentlichung Verfügung/Dispositiv (Art. 34 FINMAG)	0	0	22	22
Einziehung (Art. 35 FINMAG)	2	1	0	1
Einsetzung Untersuchungsbeauftragter (Art. 36 FINMAG)	25	20	0	0
Umsetzungsbegleitung durch Dritte	1	4	0	0
Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG)	2	4	0	0
Konkurseröffnung/Liquidation	26	20	0	0

Gerichtentscheide



Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden

Strafanzeigen an Strafrechtsdienst EFD	2016	2015
Strafanzeigen total	143	133
Anzahl angezeigte Personen (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Unbekannt	0	0
Namentlich genannte natürliche Personen	74	75
Namentlich genannte juristische Personen	129	137
Total	203	212
Thema der Strafanzeige (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung	16	29
Verwendung Begriff «Bank» etc.	4	13
Effektenhandel ohne Bewilligung	4	4
Finanzintermediär GwG ohne Bewilligung / SRO-Anschluss	7	26
KAG-Tätigkeit ohne Bewilligung	4	15
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	2	3
BEHG-Meldepflicht / FinfraG-Meldepflicht	83	41
GwG-Meldepflicht	2	1
Falsche Auskünfte gegenüber der FINMA	0	7
Widerhandlung gegen Verfügung der FINMA	2	0
Andere	27	10

Strafanzeigen an Kantone	2016	2015
Strafanzeigen total	18	17
Anzahl angezeigte Personen (mehrere Personen je Strafanzeige möglich)		
Unbekannt	6	2
Namentlich genannte natürliche Personen	8	7
Namentlich genannte juristische Personen	16	11
Total	30	20
Thema der Strafanzeige (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Verletzung Bankkundengeheimnis	7	3
Vermögensdelikte	8	11
Andere	4	3

Strafanzeigen an Bundesanwaltschaft	2016	2015
Strafanzeigen/Meldungen mit Anzeigecharakter	6	7

a alt / Ancien

Abs. Absatz

AG Aktiengesellschaft

al. alinéa

AMF Autorité des marchés financiers (France)

Art. / art. / artt. Artikel / Article / articolo/i

ASIC Australian Securities and Investments Commission

AVO Verordnung vom 9. November 2005 über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung; SR 961.011)

BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Deutschland)

BankG Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz; SR 952.0)

BankV Verordnung vom 30. April 2014 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung; SR 952.02)

BEHG Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; SR 954.1)

BEHV Verordnung über die Börsen und den Effektenhandel vom 2. Dezember 1996 (Börsenverordnung; SR 954.11)

BGer Bundesgericht

Bst. Buchstabe

BVGer Bundesverwaltungsgericht

bzw. beziehungsweise

cf. confer

CHF Schweizer Franken / Francs suisses / franchi svizzeri / Swiss francs

CO Legge federale del 30 marzo 1911 di complemento del Codice civile svizzero (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni [Diritto delle obbligazioni; RS 220])

cpv. capoverso

d.h. das heisst

DUFI direkt unterstellter Finanzintermediär

ecc. eccetera

EFD Eidgenössisches Finanzdepartement

etc. Et cetera

EU Europäische Union / European Union

EUR Euro

ff. fortfolgende

FinfraG Bundesgesetz vom 19. Juni 2015 über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturgesetz; SR 958.1)

FinfraV-FINMA Verordnung vom 3. Dezember 2015 der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturverordnung-FINMA; SR 958.111)

FINMA Eidgenössische Finanzmarktaufsicht / Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers / Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari / Swiss Financial Market Supervisory Authority

FINMAG Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz; SR 956.1)

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GwG Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz; SR 955.0)

i.f. in fine

i.S.v. im Sinn von

i.V.m. in Verbindung mit

KAG Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)

LB Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (loi sur les banques ; RS 952.0)

LBA Loi fédérale du 10 octobre 1997 concernant la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (loi sur le blanchiment d'argent ; RS 955.0)

LBCR Legge federale dell'8 novembre 1934 sulle banche e le casse di risparmio (Legge sulle banche; RS 952.0)

LBVM Loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières (loi sur les bourses ; RS 954.1) / Legge federale del 24 marzo 1995 sulle borse e il commercio di valori mobiliari (Legge sulle borse; RS 954.1)

let. / lett. Lettre / lettera

LFINMA Loi fédérale du 22 juin 2007 sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (loi sur la surveillance des marchés financiers ; RS 956.1) / Legge federale del 22 giugno 2007 concernente l'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (Legge sulla vigilanza dei mercati finanziari; RS 956.1)

LRD Legge federale del 10 ottobre 1997 relativa alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo (Legge sul riciclaggio di denaro; RS 955.0)

LSA Loi fédérale du 17 décembre 2004 sur la surveillance des entreprises d'assurances (loi sur la surveillance des assurances ; RS 961.01) / Legge federale del 17 dicembre 2004 sulla sorveglianza delle imprese di assicurazione (Legge sulla sorveglianza degli assicuratori; RS 961.01)

Ltd. Limited

Mio. / mio. Million / milione

Mrd. Milliarde

OA-FINMA Ordonnance du 5 novembre 2014 sur les audits des marchés financiers (RS 956.161)

OAR Organisme d'autorégulation

OB Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne du 30 avril 2014 (ordonnance sur les banques ; RS 952.02)

OBA-FINMA Ordonnance de l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers du 3 juin 2015 sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le secteur financier (ordonnance de la FINMA sur le blanchiment d'argent ; RS 955.033.0)

OBCR Ordinanza del 30 aprile 2014 sulle banche e le casse di risparmio (Ordinanza sulle banche; RS 952.02)

ORD-FINMA Ordinanza del 3 giugno 2015 dell'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari sulla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo nel settore finanziario (Ordinanza FINMA sul riciclaggio di denaro; RS 955.033.0)

OS Ordonnance du 9 novembre 2005 sur la surveillance des entreprises d'assurance privées (ordonnance sur la surveillance ; RS 961.011)

PEP politisch exponierte Person / Personne politiquement exposée

S. Seite

SA Société anonyme / società anonima

SEC Securities and Exchange Commission (USA)

SICAF Société d'investissement à capital fixe (Investmentgesellschaft mit festem Kapital)

SRO Selbstregulierungsorganisation / self-regulatory organisation

StGB Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)

TAF Tribunal administratif fédéral / Tribunale amministrativo federale

TF Tribunal fédéral / Tribunale federale

u.a. unter anderem

USA Vereinigte Staaten von Amerika

USD US-Dollar

v vecchia

v. vedi

VAG Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz; SR 961.01)

vgl. vergleiche

VwVG Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz; SR 172.021)

z.B. zum Beispiel



IMPRESSUM

Herausgeberin

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Laupenstrasse 27
CH-3003 Bern
Tel. +41 (0)31 327 91 00
Fax +41 (0)31 327 91 01
info@finma.ch
www.finma.ch

Geschlechterneutrale Formulierung

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Druck

BBL

Gestaltung

FINMA